

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht ..... IX

Inhaltsverzeichnis ..... XI

Literaturverzeichnis ..... XXVI

Materialienverzeichnis.....LVI

Abkürzungsverzeichnis..... LVII

**Einleitung..... 1**

§ 1 Vorfragen als Etappen auf dem Weg zur Urteilsfindung ..... 1

§ 2 Gegenstand der Arbeit ..... 3

§ 3 Gang der Untersuchung ..... 4

**Kapitel 1 Grundlagen..... 5**

§ 1 Terminologie der Vorfrage ..... 5

I. Vorbemerkungen ..... 5

II. Sprachliche Herleitung ..... 6

III. Herleitung in einem logischen Sinne ..... 7

1. Begriffsbestimmung nach WINFRIED KRALIK ..... 7

2. Einschränkungen der logischen Betrachtung in der Lehre..... 9

3. Definition der Vorfrage nach einer rein logischen Betrachtung ..... 11

IV. Herleitung in einem organisatorischen Sinne ..... 12

V. Der Vorfragenbegriff in der schweizerischen Rechtsprechung ..... 12

VI. Vorliegend verwendeter Vorfragenbegriff ..... 13

VII. Fazit ..... 17

§ 2 Abgrenzung der Haupt- von der Vorfrage..... 18

I. Einleitung..... 18

II. Gängige Abgrenzung: Vorfrageentscheid erscheint nicht im Dispositiv ..... 19

III. Inhalt des Dispositivs (Urteilsformel)..... 19

IV. Wesentliches Abgrenzungskriterium: Streitgegenstand ..... 21

V. Abgrenzung der Haupt- von der Vorfrage nach dem Streitgegenstand ..... 22

1. Einleitung ..... 22

2. Grundlagen zum Streitgegenstand ..... 23



a)	Prozessualer Streitgegenstandsbegriff .....	23
b)	„Hilfsweise“ materiellrechtliche Betrachtung.....	24
c)	Hauptfrage ist Rechtsfrage .....	26
d)	Beispiel Teilklage.....	26
3.	Abgrenzung anhand von Grundsätzen zum Streitgegenstand.....	28
a)	Dispositionsmaxime .....	28
b)	Relativierung bei Geltung der Officialmaxime.....	29
c)	Klageziel/Zweck der Klage.....	30
d)	Rechtsschutzform .....	31
e)	Objektive Klagenhäufung oder Vorfrage eines Rechtsbegehrens?.....	32
f)	Widerklagebegehren oder Einrede bzw. Einwendung? .....	34
g)	Auslegung und richterliche Fragepflicht.....	35
4.	Schlussfolgerungen für die Abgrenzung .....	35
a)	Selbständiges Rechtsbegehren für die Vorfrage .....	35
b)	Zu ausführlich gestellte Rechtsbegehren.....	36
c)	Prozessökonomische Überlegungen? .....	37
5.	Änderung der Hauptfrage.....	38
6.	Folgen des Vorfrageentscheids im Dispositiv.....	39
VI.	„Hauptfrage“ und „Hauptsache“ im Verhältnis zur Vorfrage .....	40
1.	Einleitung .....	40
2.	Begriff der Hauptsache nach ZPO und BGG .....	41
3.	Die Begriffe in Lehre und Rechtsprechung.....	42
4.	Vorliegende Verwendung der Begriffe .....	42
<b>Kapitel 2</b>	<b>Einteilung der Vorfragen und ausgewählte Einzelfragen.....</b>	<b>43</b>
§ 1	Die prozessuale oder verfahrensrechtliche Vorfrage.....	43
I.	Sachurteilsvoraussetzungen (Prozessvoraussetzungen) .....	43
II.	Inzidenzentscheide.....	44
III.	Vorfrageweise Überprüfung von prozessualen Bestimmungen?.....	45
§ 2	Die materielle oder materiellrechtliche Vorfrage .....	46
I.	Allgemein.....	46
1.	Rechtslogische Voraussetzung.....	46
2.	Materielle Beurteilung der Vorfrage .....	47



II.	Fremdrechtliche Vorfragen (als Spezialfall der materiellen Vorfrage) .....	48
1.	Ausgangslage .....	48
2.	Kompetenzprüfung durch das angerufene Gericht.....	48
3.	Nicht unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfragen .....	49
III.	Unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfragen.....	50
IV.	„Tatbestandsvoraussetzungen“ und andere zivilrechtliche Vorfragen .....	52
V.	Präjudizielle Rechtsverhältnisse .....	53
1.	Begriff und Wesen .....	53
2.	Rechtskräftiger Entscheid über das präjudizielle Rechtsverhältnis .....	54
3.	Terminologie im Zusammenhang mit der „Präjudizialität“ .....	55
4.	Vorfrageentscheide über präjudizielle Rechtsverhältnisse mit Dritten.....	56
VI.	Materielle Vorfragen von prozessualen Vorfragen .....	56
1.	Allgemein .....	56
2.	Die doppelrelevante Tatsache .....	57
§ 3	Einreden und Einwendungen .....	58
I.	Begriffe .....	58
II.	Abgrenzung.....	58
1.	Keine Berücksichtigung der Einreden von Amtes wegen.....	58
2.	Berücksichtigung der Einwendungen von Amtes wegen.....	59
III.	Die Beurteilung der Einrede als „unechte“ Vorfrage?.....	59
1.	Keine Berücksichtigung der Einrede ohne Erhebung durch die Partei .....	59
2.	Die Ausübung der richterlichen Hinweispflicht als (prozessuale) Vorfrage?.....	61
a)	Das Problem .....	61
b)	Verhandlungsmaxime .....	61
c)	Dispositionsmaxime .....	62
d)	Richterliche Aufklärungspflicht vs. Neutralitätsgebot und Funktion der zivilprozessualen Aufklärungs- und Hinweispflichten .....	63
e)	Fazit: Keine gerichtliche Hinweispflicht auf die Einredemöglichkeit .....	65
IV.	Die Beurteilung der Einwendung als „echte“ Vorfrage.....	65



<b>Kapitel 3</b>	<b>Die prozessuale Behandlung der Vorfrage im Allgemeinen .....</b>	<b>67</b>
§ 1	Anspruch auf Vorfragenbeurteilung von Amtes wegen .....	67
I.	Justizgewährungsanspruch als Vorgabe .....	67
II.	Rechtsanwendung von Amtes wegen („iura novit curia“).....	68
III.	Erfüllung des Beurteilungsanspruchs von Vorfragen.....	69
	1. Beurteilung der Vorfrage oder Sistierung des eigenen Prozesses.....	69
	2. Folge der fehlenden Vorfragenbehandlung: Rechtsverweigerung.....	70
§ 2	Zuständigkeitsfragen im Zusammenhang mit Vorfragen .....	71
I.	Einleitung.....	71
II.	Zuständigkeitsbegründung und Vorfrage .....	72
	1. Grundsatz: Keine Zuständigkeitsbegründung nach der Vorfrage .....	72
	a) Einordnung unter die Zivilgerichtsbarkeit .....	72
	b) Eintretenspflicht .....	72
	c) Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	74
	d) Rechtshängigkeit.....	75
	e) Verfahrensrechtliche Zuständigkeitsregelung.....	75
	2. Ausnahme: Begründung der Zuständigkeit über die Vorfrage .....	76
	a) Allgemein.....	76
	b) Prozessüberweisung an eine mit einer Vorfrage befasste Behörde?.....	77
III.	Vorfragenzuständigkeit.....	78
	1. Ausgangslage .....	78
	2. Grundsatz: Beurteilungsrecht.....	80
	a) Zuständigkeit der Zivilgerichte zur Beurteilung fremdrechtlicher Vorfragen .....	80
	b) Rechtliche Grundlage? .....	80
	c) Wesen und Umfang des Beurteilungsrechts .....	81
	d) Begründung des Grundsatzes.....	82
	3. Beurteilungspflicht? .....	83
	4. Beurteilungsverbot .....	84
	a) Rechtskräftiger Entscheid der zuständigen Behörde.....	84
	b) Ausnahmen.....	85
	c) Kraft gesetzlicher Regelung.....	85



d)	Verrechnungseinwendung über eine fremdrechtliche Gegenforderung.....	86
e)	Auslassung eines Verfahrensschrittes .....	86
5.	Die unter die Zivilgerichtsbarkeit fallenden Vorfragen .....	86
a)	Allgemein.....	86
b)	Beurteilungspflicht.....	86
c)	Die „Vorfragezuständigkeit“ gemäss aArt. 274f Abs. 2 OR .....	87
IV.	Zuständigkeitsfragen im Zusammenhang mit der Verrechnung.....	88
1.	Einleitende Bemerkungen zur Verrechnung .....	88
2.	Zuständigkeit für die Beurteilung der Verrechnungseinrede (bzw. - einwendung) .....	90
a)	Zuständigkeitsabgrenzung im Allgemeinen.....	90
b)	Die Zuständigkeit einer fremdrechtlichen Behörde .....	90
c)	Vorgehen bei fremdrechtlichen Gegenforderungen im Zivilprozess.....	94
d)	Verrechnungseinwendung im Adhäsionsprozess.....	95
e)	Zuständigkeit des Zivilfachgerichts für die Gegenforderung .....	96
§ 3	Sistierung des Verfahrens .....	98
I.	Zweck.....	98
II.	Gesetzliche Grundlage und Anwendungsbereich .....	98
III.	Ermessensentscheid des Zivilgerichts .....	100
1.	Pflichtgemässes Ermessen.....	100
2.	Abwägung der Parteiinteressen.....	100
3.	Verfahrensverzögerung .....	101
4.	Rechtssicherheitsüberlegungen .....	101
5.	Sistierung bei fehlender Rechtskraftwirkung .....	102
IV.	Zulässigkeit der Sistierung zur Beurteilung von Vorfragen .....	102
1.	Zwingende Sistierung.....	102
2.	Unzulässige Sistierung .....	103
a)	Unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfrage .....	103
b)	Keine Abhängigkeit des Vorfrageentscheids vom Entscheid im „anderen“ Verfahren .....	103
c)	Rechtsverweigerung bzw. Rechtsverzögerung .....	104
d)	Zuständige Behörde kann nicht angerufen werden .....	106



3.	Mögliche Sistierung .....	106
a)	Allgemein .....	106
b)	Verfahren in einem „sachlichen Zusammenhang“ .....	107
c)	Abhängigkeiten der Vorfrage mit rechtsgestaltenden Verfahren.....	108
V.	Formelle Fragen in Zusammenhang mit der Sistierung.....	110
1.	Hängigkeit eines Verfahrens vor der zuständigen Behörde .....	110
2.	Verfahren vor der zuständigen Behörde (noch) nicht hängig .....	110
a)	Ausgangsfrage.....	110
b)	„Vorabentscheidungsverfahren“ durch „Vorfragenüberweisung“? .....	110
c)	„Vorabentscheidungsverfahren“ durch Fristansetzung an die Parteien? .....	112
3.	Sistierungsantrag der Partei(en) .....	115
4.	Interesse einer Partei an einer Hauptfrageentscheid der zuständigen Behörde .....	115
a)	Fragestellung .....	115
b)	Beispielsfall: Prüfung einer Barauszahlung nach Art. 5 FZG im Scheidungsverfahren .....	116
c)	Ergebnis (bezogen auf den Beispielsfall).....	117
5.	Rechtsnatur der Sistierungsverfügung/Anfechtung .....	117
6.	Form der Sistierungsverfügung.....	118
7.	Ende der Sistierung .....	118
a)	Fristversäumnis oder Beendigung des abhängigen Verfahrens .....	118
b)	Hinfall der Sistierung verbunden mit fehlendem Einbezug der Vorfrage .....	118
§ 4	Auf die materielle Vorfrage anwendbares Verfahrensrecht .....	120
I.	Das Problem.....	120
II.	Meinungsstand in Lehre und Rechtsprechung.....	121
1.	„Zwischenverfahren“?.....	121
2.	Die Auffassung des BGH.....	121
III.	Würdigung .....	122
1.	Anwendbares Verfahrensrecht als Ganzes .....	122
2.	Im Rahmen des fremdrechtlichen Vorfrageentscheids anzuwendende Prozessmaximen.....	123
a)	Allgemein .....	123



b)	Dispositions- und Offizialmaxime .....	124
c)	Verhandlungs- und Untersuchungsmaxime .....	124
d)	Extensive Ausübung der richterlichen Fragepflicht.....	127
e)	„Zwischenverfahren“ .....	129
f)	Exkurs: Abweichendes Ergebnis bei Anrufung der zuständigen Behörde .....	131
3.	Massgebliches Beweisrecht.....	132
a)	Allgemein.....	132
b)	Die Beweislast als materiellrechtliche Frage .....	132
c)	Beweisrechtliche Anforderungen (Beweismass) .....	134
d)	Beweisverfügung.....	136
e)	Prozessuale Beweisbestimmungen.....	137
f)	Zwangsmassnahmen (und fehlende Verfügungskompetenz der Zivilgerichte).....	138
IV.	Fazit .....	139
V.	Anwendbare Verfahrensbestimmungen der ZPO bei unter die Zivilgerichtsbarkeit fallenden Vorfragen.....	139
§ 5	Entscheide in Zusammenhang mit Vorfragen .....	141
I.	End- und Teilentscheide nach ZPO und BGG.....	141
1.	Allgemein .....	141
2.	Nach BGG im Besonderen.....	142
II.	Vor- oder Zwischenentscheide nach ZPO und BGG.....	143
1.	Allgemein .....	143
2.	Unterschiede zwischen ZPO und BGG.....	145
§ 6	Wirkungen von Entscheiden im Zusammenhang mit Vorfragen .....	147
I.	Einleitende Bemerkungen.....	147
II.	Grundlagen zur materiellen Rechtskraft .....	147
1.	Ausschluss- und Bindungswirkung.....	147
2.	Rechtskraft erfasst nur das Dispositiv, nicht die Erwägungen.....	149
3.	Präjudizialität .....	150
III.	Wirkungen von Hauptfrageentscheiden auf Vorfragen in späteren Zivilprozessen.....	151
1.	Wesen und Umfang der Präjudizialitätswirkung .....	151



a)	Massgeblichkeit des Hauptfrageentscheids für identische Vorfragen im Folgeprozess .....	151
b)	Rechtliche Qualifikation der Hauptfrage .....	154
c)	Sachverhalt der Hauptfrage.....	154
2.	Bindungswirkung von fremdrechtlichen Entscheiden .....	155
a)	Im Allgemeinen.....	155
b)	Entscheide von Verwaltungsbehörden im Besonderen.....	155
c)	Entscheide von Strafgerichten im Besonderen.....	156
IV.	Rechtskraftwirkung von Vorfrageentscheiden .....	157
1.	Grundsatz: Keine Rechtskraftwirkung .....	157
2.	Begründung des Grundsatzes .....	160
3.	Relativierung der fehlenden Bindungswirkung von Vorfrageentscheiden ..	162
a)	Prozessuale Vorfragen .....	162
b)	Beizug der Erwägungen zur Auslegung des Dispositivs .....	162
c)	Rechtskraft der Vorfragen des Hauptfrageentscheids.....	163
d)	Entscheid über die Verrechnungseinrede (bzw. -einwendung).....	164
4.	Absolute Geltung des Grundsatzes?.....	165
a)	Formelle Wahrheit .....	165
b)	Vorfragen in einem „unzerreissbaren“ logischen Sinnzusammenhang.....	166
c)	Rechtsmissbrauch.....	169
d)	Orientierung an den Urteilselementen des Erstprozesses .....	170
e)	Von der herrschenden (deutschen) Lehre anerkannte objektive Rechtskrafterstreckung als Ausnahme .....	171
5.	Sonderfall eines materiellen Vorfrageentscheids im Rahmen der Feststellung der Gegenstandslosigkeit des Zivilverfahrens .....	172
V.	Keine Wirkung nichtiger Entscheide .....	173
VI.	In Unkenntnis wesentlicher Tatsachen gefällte Entscheidungen.....	174
1.	Das Problem .....	174
2.	Revision möglich?.....	174
a)	Revision nach BGG.....	174
b)	Revision nach ZPO .....	175
c)	Revision nach fremdrechtlichem Verfahrensrecht.....	175
d)	Formfragen.....	176
VII.	Keine Vollstreckbarkeit von Vorfrageentscheiden.....	176



1. Allgemein .....	176
2. Vorfrageentscheid taugt nicht als definitiver Rechtsöffnungstitel .....	177
VIII. Wirkungserstreckung durch „Zwischenfeststellungsklage“ .....	179
1. Natur und Zweck der Zwischenfeststellungsklage .....	179
2. Zulässigkeit im schweizerischen Zivilprozess .....	180
3. Voraussetzungen .....	182
4. Zeitpunkt der Stellung des Zwischenfeststellungsantrages .....	183
5. Unzulässigkeit der Feststellungsklage über Rechtsverhältnisse Dritter? .....	184
6. Streitwert .....	185
IX. Wirkungen der Streitverkündung .....	185
1. Einfache Streitverkündung .....	185
2. Streitverkündungsklage .....	187
§ 7 Rechtsmittel im Zusammenhang mit Vorfragen .....	188
I. Bestimmung des Rechtsmittels nach der Hauptfrage .....	188
II. Hauptfrage begründet Zuständigkeit der Rechtsmittelinstanz .....	188
III. Ausgewählte Fragen im Zusammenhang mit der Anfechtung von Vorfragen ....	189
1. Kognition des Bundesgerichts .....	189
a) Fremdrechtliche Vorfragen .....	189
b) Materiellrechtliche Vorfragen im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsrüge .....	190
2. Entscheid der zuständigen Behörde während hängigem Zivilprozess .....	190
a) Ausgangslage .....	190
b) Berufung/Beschwerde .....	191
c) Revision? .....	191
3. Nachträgliche Aufhebung eines Entscheids der zuständigen Behörde .....	195
a) Ausgangslage .....	195
b) Berufung/Beschwerde .....	196
c) Revision? .....	196
<b>Kapitel 4      Ausgewählte Sonderfälle .....</b>	<b>197</b>
§ 1 Der hypothetische Inzidentprozess .....	197
I. Begriff und Natur des hypothetischen Inzidentprozesses .....	197



II.	Blickwinkel des Regressgerichts in Bezug auf den hypothetischen Inzidentprozess .....	200
III.	Einzelfragen zum Regressprozess .....	203
1.	Rechtliches .....	203
2.	Beweisrecht im Regressprozess .....	204
a)	Beweislast .....	204
b)	Im Vorprozess nicht zur Verfügung stehende Beweismittel.....	206
c)	Beweismass .....	207
d)	Prozessuale Beweisvorschriften.....	207
IV.	Im hypothetischen Inzidentprozess zu berücksichtigende Verfahrensvorschriften .....	208
1.	Ausgangslage .....	208
2.	Der Meinungsstand in der (deutschen) Lehre .....	208
3.	Die Auffassung des BGH.....	210
a)	Allgemein.....	210
b)	Zur Anwendung der Untersuchungsmaxime im Besonderen .....	211
4.	Würdigung.....	212
a)	Im Allgemeinen.....	212
b)	Zur Sorgfaltspflichtverletzung der regressbeklagten Partei im Vorprozess.....	213
c)	Zum hypothetischen Prozessverlauf.....	214
§ 2	Der vorfrageweise „Gestaltungsentscheid“ .....	216
I.	Das Problem.....	216
II.	Die Frage der Zulässigkeit von „Gestaltungsvorfrageentscheiden“ .....	217
1.	Grundsatz: Keine vorfrageweise Veränderung der Rechtslage.....	217
2.	Ausnahme: Fälle anerkannter Zulässigkeit von „verdeckten Gestaltungsurteilen“ .....	217
III.	Relativierung des Grundsatzes.....	218
1.	Vorbemerkung.....	218
2.	Grundsätzliche Erwägungen .....	219
a)	Fehlende Bindungswirkung des Vorfrageentscheids .....	219
b)	Streitgegenstand im Einzelfall massgebend.....	221
c)	Beteiligung von Dritten am Verfahren und Praktikabilitätsüberlegungen.....	222



3.	Nichtigkeit im Besonderen.....	222
4.	Rechtsmissbrauch.....	223
5.	Billigkeitserwägungen.....	225
a)	Praxisfall .....	225
b)	Kritische Würdigung.....	226
6.	Exkurs: Beteiligung von Drittpersonen am Prozess zur Vorfragebeurteilung am Beispiel des Abstammungsprozesses .....	228
§ 3	Die Stufenklage.....	230
I.	Begriff.....	230
II.	Zulässigkeit der Stufenklage nach schweizerischer Rechtsprechung.....	230
III.	Zulässigkeit der Stufenklage im schweizerischen Prozessrecht nach Inkrafttreten der ZPO .....	231
IV.	Vorfragen im Prozess der Stufenklage .....	231
V.	Anfechtung des Hilfsanspruchs .....	233
§ 4	Die Pfandrechte im Allgemeinen und das Bauhandwerkerpfandrecht im Besonderen.....	235
I.	Grundsätze zum Pfandrecht .....	235
II.	Vorfrageweise Feststellung der Pfandforderung .....	236
1.	Allgemein.....	236
2.	Im Verfahren auf definitive Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts....	237
a)	Grundsätze zur definitiven Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts.....	237
b)	Vorfrageweise Feststellung der Pfandsumme .....	238
III.	Bauhandwerkerpfandrecht und Sicherheitsleistung.....	238
1.	Ausgangslage .....	238
2.	Wirkung der Sicherheitsleistung nach Art. 839 Abs. 3 ZGB.....	239
a)	Im Summarverfahren um vorläufige Eintragung .....	239
b)	Im Prozess um definitive Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts.....	240
3.	Schlussfolgerungen mit Blick auf die Vorfragenproblematik.....	241
a)	Vorfrageweise Auslegung der geleisteten Sicherheit.....	241
b)	Wandlung einer Vorfrage zur Hauptfrage.....	242
c)	Identische Beurteilung der übrigen Vorfragen nach geleisteter Sicherheit.....	243



<b>Kapitel 5</b>	<b>Immaterialgüterrechtliche Vorfragen und Zuständigkeit .....</b>	<b>245</b>
§ 1	Die neue Zuständigkeitsregelung und die alte Rechtsprechung .....	245
I.	Rechtliche Grundlagen .....	245
1.	Gesetzliche Ausgangslage nach geltendem Recht .....	245
2.	Rechtliche Situation vor Inkrafttreten der ZPO .....	246
3.	Behandlung immaterialgüterrechtlicher Vorfragen unter altrechtlicher Ordnung.....	246
4.	Kritik an der alten Ordnung und der einschlägigen Rechtsprechung.....	249
II.	Situation unter der geltenden Ordnung .....	250
1.	Umfang des Zuständigkeitsbereichs der einzigen kantonalen Instanz unter der geltenden ZPO .....	250
2.	Keine Antwort in den Materialien zur ZPO .....	251
§ 2	Die Zuständigkeitsregelung für Patentsachen im Besonderen .....	253
I.	Einleitende Bemerkungen.....	253
II.	Zuständigkeitsordnung im Patentrecht .....	253
1.	Gesetzliche Grundlage .....	253
2.	Auslegung der Zuständigkeitsordnung anhand der Materialien .....	254
3.	Ein Blick nach Deutschland .....	256
4.	Zuständigkeit für patentrechtliche Vorfragen im eurointernationalen Verhältnis (EuGVVO).....	258
III.	Zuständigkeit für Klagen mit patentrechtlichen Vorfragen .....	259
1.	Des Bundespatentgerichts im Besonderen .....	259
2.	Konkurrierende Zuständigkeit mit den kantonalen Zivilgerichten .....	261
a)	Klägerisches Wahlrecht bei Klagen mit patentrechtlichen Vorfragen .....	261
b)	Vorfragen betreffend Patentnichtigkeit oder -verletzung.....	262
IV.	Vorgehen nach Art. 26 Abs. 2 PatGG aus Vorfragensicht .....	263
1.	Beim Bundespatentgericht .....	263
a)	Allgemein .....	263
b)	Keine Rechtskraft des Vorfrageentscheids .....	264
2.	Beim kantonalen Zivilgericht.....	265
a)	Allgemein .....	265
b)	Verfahrenssistierung und Fristansetzung an die Parteien?.....	265



V.	Das „Zwischenverfahren“ nach Art. 26 Abs. 3 PatGG.....	266
1.	Kritik .....	266
a)	Vorbemerkung.....	266
b)	Zur zwingenden Anrufung des Bundespatentgerichts .....	266
c)	Zur fehlenden Berücksichtigung der patentrechtlichen Vorfrage .....	269
2.	Das Wesen der „Bestandesklage oder der Verletzungsklage“ nach Abs. 3 .....	272
3.	„Rechtskräftiger Entscheid“: End- oder Zwischenentscheid? .....	275
§ 3	Die Vorfragenzuständigkeit der einzigen kantonalen Instanz nach ZPO .....	279
I.	Beizug der Überlegungen zur bundespatentgerichtlichen Zuständigkeit .....	279
1.	Vorbemerkung.....	279
2.	Der Grundsatz der „double instance“ .....	279
3.	Art. 5 lit. a ZPO („Streitigkeiten im Zusammenhang mit ...“) .....	280
II.	Wesen der Zuständigkeitsregelung nach Art. 5 Abs. 1 lit. a ZPO .....	281
1.	Ausschliessliche oder konkurrierende Zuständigkeit? .....	281
2.	Anrufung der einzigen kantonalen Instanz zur Vorfragenbeurteilung? .....	283
<b>Kapitel 6</b>	<b>Vorfragen mit internationalzivilprozessualen Bezug .....</b>	<b>285</b>
§ 1	Vorfrageweise Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets .....	285
I.	Ausgangslage .....	285
II.	Meinungsstand in der Lehre .....	285
III.	Würdigung .....	287
IV.	Fazit .....	289
§ 2	Vollstreckung ausländischer Entscheidungen über Geldforderungen .....	291
I.	Einleitung.....	291
II.	Verfahren .....	291
III.	Das inzidente Exequatur im Rechtsöffnungsverfahren .....	293
1.	Grundlage .....	293
2.	Das Exequatur als Vorfrage .....	293
3.	Beurteilung der Vorfrage von Amtes wegen (ohne Antrag) .....	294
4.	Dispositionsmaxime und Streitgegenstand .....	295
5.	Rechtsmittel.....	297



6. Materielle Rechtskraft .....	297
7. Ermittlung des Willens der Gläubigerin.....	298
8. Fazit.....	298
IV. Exkurs: Separate Vollstreckbarerklärung im Rechtsöffnungsverfahren.....	299
1. Objektive Klagenhäufung .....	299
2. Spezialfall. Gewährleistung der Konformität mit Art. 38 ff. LugÜ.....	302
a) Das Problem .....	302
b) Lösung: Parallel geführtes „Vorfrageverfahren“ .....	303
3. Fehlende Voraussetzungen zur separaten Vollstreckbarerklärung im Rechtsöffnungsverfahren: Vorfrageentscheid.....	304
<b>Kapitel 7      Ausgewählte Vorfragen in SchKG-Angelegenheiten.....</b>	<b>305</b>
§ 1 Vorfrageweise Prüfung (der Zustellung) des Zahlungsbefehls .....	305
I. Ausgangslage .....	305
II. Würdigung .....	306
§ 2 Die Einrede fehlenden neuen Vermögens nach Art. 265/265a SchKG .....	309
I. Einleitung.....	309
1. Allgemein .....	309
2. Vorfrageweise Prüfung der Einrede auch ausserhalb eines Betreibungsverfahrens.....	309
II. Vorfrageweise Prüfung des Rechtsvorschlags mangels neuen Vermögens durch das Rechtsöffnungsgericht? .....	310
1. Ausgangslage .....	310
2. Unzulässigkeit eines Vorfrageverfahrens auf Feststellung neuen Vermögens beim Rechtsöffnungsgericht .....	310
3. Abweisung des begründeten Rechtsvorschlags mittels Verfügung .....	311
4. Behandlung als gewöhnlicher Rechtsvorschlag ohne vorgängige Verfügung.....	312
III. Vorfrageweise Prüfung des Vorliegens neuen Vermögens .....	312
1. Ausgangsfall.....	312
2. Begriff des neuen Vermögens im Sinne von Art. 265 SchKG.....	314
a) Allgemein .....	314
b) Rechtsmissbrauch im Zusammenhang mit neuem Vermögen .....	315
3. Materielle Vorfragen zur Feststellung „fiktiven“ neuen Vermögens.....	317



a)	Vorbemerkungen.....	317
b)	Vorfrageweise Feststellung von Nichtigkeit? .....	318
c)	Herabsetzung nach Art. 522 ff. ZGB .....	318
d)	Herabsetzungsanspruch des ehemaligen Konkursiten .....	320
e)	Vorliegen neuen Vermögens unter mehreren Titeln.....	320
4.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Sonderfragen.....	320
a)	Pfändbarkeit des neuen Vermögens nicht ausschlaggebend.....	320
b)	Pfändung als bestrittener Anspruch .....	322
§ 3	Betreibungsrechtliche Klagen mit Reflexwirkung auf das materielle Recht.....	323
I.	Einleitung.....	323
II.	Wirkungen .....	323
1.	Grundsatz .....	323
2.	Ausnahme beim Widerspruchsprozess zwischen Schuldner und Drittansprecher? .....	324
a)	Kontroverse Lehrmeinungen.....	324
b)	Streitgegenstand für die Hauptfrage massgebend .....	324
c)	Interesse des Schuldners .....	325
d)	„Zwang“ zur Klageanhebung sowie Fristendruck .....	326
e)	Wirkung auf spätere Betreibungsverfahren zwischen denselben Parteien? .....	326
f)	Verfahrensart nicht entscheidend.....	327
3.	Fazit.....	328
	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse.....</b>	<b>329</b>
I.	Grundlagen.....	329
II.	Ausgewählte Sonderfälle .....	332
III.	Zuständigkeitsregelung für immaterialgüterrechtliche Vorfragen .....	333
IV.	Vorfragen in Bezug auf ausländische Vollstreckungstitel.....	334
V.	Ausgewählte Vorfragen in Bezug auf SchKG-Angelegenheiten .....	336